



**Niederschrift
zur 6. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen**

Sitzungstermin: Mittwoch, den 30.06.2010
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 22:06 Uhr
Ort, Raum: **Gaststätte der Sporthalle Dabendorf, Jägerstraße 13, 15806 Dabendorf**

Anwesend sind:

Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Karola Andrae

Stadtverordnete(r)

Herr Sven Baranowski

Frau Melinda Bock

Herr Burkhard Degner

Herr Tim Grebe

Herr Michael Heilgermann

Herr Peter Hummer

Herr Wilfried Käthe

Herr Torsten Kniesigk

Herr Hermann Kühnapfel

Herr Hans-Jürgen Lüders

Herr Olaf Manthey

Herr Ralf Markwardt

Frau Sylvia Menges

Frau Susanne Michler

Frau Petra Miersch

Herr Andreas Noack

Herr Carsten Preuß

Herr Erwin Rust

Frau Waltraud Schröder

Herr Reinhard Schulz

Herr Jürgen Steinert

Frau Gudrun Timm

Herr Rolf von Lützow

Frau Freifrau Maria von Schrötter

Herr Rainer Zurawski

Bürgermeisterin

Frau Michaela Schreiber

Protokollantin

Frau Miriam Heinrich

Gäste

Bürger

Gäste

Herr Christian Zielke

ca. 20

Herr Floß von der EMB

Herr Bayer von der EWE

MAZ

Es fehlen:

Stadtverordnete(r)

Frau Sabine Brumm

entschuldigt

Herr Dr. Rainer Reinecke

entschuldigt

zu 1 Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenvorsteherin, Frau Andrae eröffnete die Sitzung um 19:00 Uhr.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Von den 29 Stadtverordneten waren 26 anwesend. Die Sitzung war somit Beschlussfähig.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Hummer beantragte, die Beschlussvorlage zur Hauptsatzung (TOP 9.10) als neuen Tagesordnungspunkt 9.1 vorzuziehen.

Herr Baranowski beantragte, dass der Tagesordnungspunkt 9.10 zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 10.5 behandelt werden solle, weil es sich um die gleichen Themen handele.

Frau Michler teilte mit, dass der TOP 10.2 im SJBS behandelt wurde und erneut vorgelegt werden solle, wenn Ergebnisse seitens der Schulen usw. vorliegen. Sie zog den Antrag Nr. 055/10 von der Tagesordnung zurück.

Herr Kühnapfel zog den Tagesordnungspunkt 10.1 (Nr. 054/10/01) zurück, da diese komplett in der Beschlussvorlage der Verwaltung Nr. 047/10 enthalten sei.

Frau Andrae fasste zusammen, dass die Tagesordnungspunkte 10.1 und 10.2 komplett von der Tagesordnung gestrichen werden. Es erfolgte zunächst die Abstimmung über den Antrag von Herrn Baranowski, die TOP's 10.5 und 9.10 zusammen zu behandeln.

Abstimmung: 25 / 1 / 0

Abstimmung dazu, dass die Beschlussvorlage 058/10 als neuer TOP 9.1 behandelt wird:
16 / 6 / 3

Abstimmung zur so geänderten Tagesordnung: 25 / 0 / 1

zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung vom 12.05.2010 mit Fortführungssitzung am 19.05.2010

Herr Heilgermann merkte an, dass es in TOP 3 nicht „sei“ sondern „... ist Herr Carsten Preuß ...“ heißen müsse.

Es gab keine weiteren Einwendungen.

Abstimmung: 18 / 2 / 6

zu 5 Bericht aus der Verwaltung

Der Bericht aus der Verwaltung wurde vor der Sitzung an alle Stadtverordneten in schriftlicher Form verteilt. Er umfasste folgende Punkte, die durch Frau Schreiber für die anwesenden Einwohner kurz erläutert wurden:

1. E+A Maßnahmen Zesch am See
2. E+A Maßnahme Streuobstwiese Kallinchen
3. Aufwertung P+R Wünsdorf
4. Straßenreparaturen
5. Achtung Vollsperrung der B 96 Höhe Waldstadt
6. Neubau von Haltestellen in Nunsdorf+Wünsdorf
7. Zesch am See, Beleuchtung „Unter den Eichen“
8. Neubau Kita Wünsdorf
9. Grundschule Glienick
10. Freizeitpark Kallinchen
11. Friedhof Kallinchen
12. Museum Alter Krug
13. Neubau Spielplatz Nächst Neuendorf
14. Grünflächenpflege – aktueller Stand d. Mäharbeiten
15. Tierheim Zossen
16. Änderung der Telefonanlage der Verwaltung
17. Grundsteinlegung für die neue Kita in Wünsdorf

Des Weiteren ergänzte Frau Schreiber, dass alle Stadtverordneten über ihre Postfächer umfangreiche Unterlagen zur Doppik erhalten haben. Sie bat die Abgeordneten darum, den Stoff in der Sommerpause durchzugehen.

zu 6 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL

Vor der Sitzung erhielten alle Stadtverordneten einen ausführlichen Bericht zum ZV KMS. Frau Schreiber wies die Anwesenden auf die umfangreichen Unterlagen zum Thema KMS hin, die mit der Einladung zur Sitzung versandt wurden. Frau Schreiber bat seitens der Stadtverordnetenversammlung um Bekräftigung dahingehend, dass der Hauptausschuss unter Einladung der Mitglieder des RSO federführend tätig sein wird.

Frau Schreiber erläuterte nochmals, dass der KMS keine gültige Beitragssatzung habe. Eine neue Satzung würde dazu führen, dass alle Grundstückseigentümer neue Beitragsbescheide erhalten würden.

Nach einer ausführlichen Erläuterung des vorgelegten Berichtes bat Frau Schreiber nochmals eindringlich darum, dass der Hauptausschuss und der RSO in der Sommerpause gemeinsam tagen werden.

zu 7 Einwohnerfragestunde

Frau Andrae legte fest, dass der fragende Einwohner seine Antwort schriftlich zugesandt bekäme und die Antwort als Anlage zu Protokoll genommen werde.

Herr Schäfer wandte sich an die Stadtverordneten und bat um Auskunft, wie es in einer normalen Demokratie möglich sei, dass die Existenz eines mittelständischen Unternehmens durch Presseberichte vernichtet werde.

Nach einem Streitgespräch zu der von Frau Andrae vorgeschlagenen Verfahrensweise zur Beantwortung der Einwohnerfragen erklärte Frau Schreiber, dass sie im konkreten Fall die Anschrift des Fragestellers habe und bat alle Fraktionen darum, die Antworten in die Verwaltung einzuschicken. Diese werden sodann an den Fragenden weitergeleitet.

Herr Wilke aus dem Ortsbeirat Schöneiche reichte ein Statement zu Protokoll (**Anlage 1**).

Abschließend überreichte Herr Schäfer der Verwaltung eine Unterschriftenliste mit 150 Unterschriften zum Erhalt von Anitas Imbiss am Zossener Bahnhof.

zu 8

Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung

Über die Postfächer haben die Stadtverordneten die schriftliche Beantwortung der zuvor bei der Verwaltung eingegangenen Fragen erhalten.

Frau Andrae informierte darüber, dass sie ein Schreiben der Verwaltung erhalten habe, aus dem hervor ginge, dass die Bürgermeisterin den Beschluss zum Panoramaweg erneut beanstanden werde. Auf die Nachfrage von Herrn Preuß, wann die Beanstandung zur Kommunalaufsicht gegangen sei, antwortete Frau Andrae, dass dies frühestens morgen möglich sei, da neben dem unterschriebenen Sitzungsprotokoll viele weitere Unterlagen eingereicht werden müssen.

Herr Lüders bat Frau Andrae um Auskunft darüber, ob sie die auf der letzten Sitzung angekündigte Akteneinsicht in das Originalprotokoll des Sitzungsdienstes vorgenommen habe.

Frau Andrae bestätigte, die Akteneinsicht vorgenommen zu haben und dass in der Niederschrift des Sitzungsdienstes das von Herrn Lüders fehlende Statement ausführlich enthalten sei.

Herr Lüders erklärte, dass es sich in diesem Fall um Urkundenfälschung handele. Des Weiteren übergab er zum Thema Städtepartnerschaften eine Urkunde der Stadt Wittlich zu Protokoll (**Anlage 2**) aus der eindeutig hervorgehe, dass eine Städtepartnerschaft zwischen den beiden Städten bestehe.

Herr Schulz erklärte, dass er mit dem Verfahren zur Einwohnerfragestunde nicht einverstanden sei. Des Weiteren kündigte er an, dass er zu Punkt 9 des letzten Protokolls Akteneinsicht beantragen werde.

Frau Schreiber bat Herrn Schulz dazu im Sekretariat einen Termin zu vereinbaren.

Frau Miersch bat zur Parksituation in der Straße der Jugend um Auskunft, ob Frau Schreiber den Senioren versprochen habe, dass sich die Situation am Seniorenheim ändern werde.

Frau Schreiber bestätigte, dass auf einer stadteigenen Fläche eine Parkplatzfläche eingerichtet werden soll.

Frau Michler bat um Auskunft, warum der im letzten Protokoll beschlossene Brief an die Wünsdorfer Eltern nicht im Bericht aus der Verwaltung erwähnt wurde.

Herr Grebe fragte an, wann der Steg am Wünsdorfer See wieder vorhanden sei.

Herr Preuß erklärte seine allgemeine Unzufriedenheit mit der Beantwortung seiner Anfragen.

Ab 20:00 Uhr nahm Frau Timm an der Sitzung teil. Es waren nunmehr 27 Stadtverordnete anwesend.

Frau Schreiber erklärte zum Brief an die Eltern, dass sie eine schriftliche Mitteilung über die Fächer geben werde. Zur Anfrage von Herrn Grebe erklärte sie, dass es sich bei der Reparatur des Steges nur noch um Tage handeln kann, da das benötigte Holz nunmehr vorhanden sei.

Herr Manthey wies darauf hin, dass im letzten BBW besprochen wurde, dass ein Brief an die obere Denkmalschutzbehörde wegen der nicht mehr begehbaren Treppe im Stadtpark gerichtet werden sollte.

Frau Andrae beraumte ab 20:15 Uhr eine Pause an.

Die Sitzung wurde um 20:25 Uhr fortgeführt.

zu 9 Beschlussvorlagen

**zu 9.1 Anpassung der Hauptsatzung der Stadt Zossen nach Vorgabe der
Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg
Vorlage: 058/10**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Hauptsatzung der Stadt Zossen in der Fassung vom 30.06.2010 entsprechend der kommunalaufsichtsrechtlichen Anordnung vom 10.05.2010.

und

**zu 9.1 Antrag der Fraktion SPD/LINKE/VUB vom 27.04.2010, eingegangen bei der Stadt
Zossen am 15.06.2010:
Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 059/10**

Beschlussvorschlag:

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen möge beschließen:
Die Hauptsatzung in der Fassung vom 18.12.2009 (Beschlussvorlage
115/09/Hauptsatzung) wird in §§ 5 Abs. 4 und 15 Abs. 4 und 5 wie folgt geändert:
Die Änderungen beziehen sich auf die unterstrichenen Textpassagen*

Frau Schreiber erklärte, dass die Änderungen in der eingereichten Hauptsatzung (HS) von der Kommunalaufsicht (KA) eingearbeitet wurden. Die einzige Änderung die zusätzlich aufgenommen worden sei, sei die Verminderung der Bekanntmachungskästen.

Herr Baranowski erklärte, dass bereits eine HS beschlossen wurde, die jedoch beanstandet worden sei.

Frau Schreiber machte deutlich, dass die KA dieser Beanstandung folgen werde. Wenn jedoch auf der Sitzung eine HS beschlossen werden würde, hätte sich das Beanstandungsverfahren erledigt.

Herr Preuß war der Meinung, dass jetzt wo die HS der KA vorliege, das Beanstandungsverfahren abgewartet werden solle. Die Kommunalaufsicht werde der SVV dann mitteilen, wo Fehler in der HS seien.

Herr Preuß stellte den Antrag, die Beschlussvorlage zurückzustellen, bis das Beanstandungsverfahren der KA durch sei.

Frau Schreiber zitierte den Bescheid der KA. Diese Anordnung besage, dass die alte gültige Fassung nach den neuen Gesetzen anzupassen sei. Die Verwaltung habe sich Wort für Wort an die Vorgaben der KA gehalten. Die Stadtverordneten haben keinen Entscheidungsspielraum.

Herr Preuß betonte, dass die KA mittlerweile eine andere Entscheidungsgrundlage habe, weil sie die beschlossene Satzung durch das Beanstandungsverfahren endlich vorliegen habe. Das war vor dem Erlass des Bescheides nicht der Fall, sodass die KA sich auf die alte HS stützen musste und nur die gesetzlich zwingend notwendigen Änderungen formuliert habe. Die Beschlussvorlage soll solange zurückgestellt werden, bis das Beanstandungsverfahren durch sei.

Herr Noack beantragte das Ende der Debatte und namentliche Abstimmung.

Frau Schreiber erklärte nochmals, dass die Unterlagen erst sehr spät an die KA verschickt werden, weil u. a. die unterzeichnete Niederschrift einzureichen sei. Das sei erst nach der folgenden Sitzung möglich. Im Moment gebe es keine schwebend wirksame Fassung. Die KA wird der Beanstandung folgen. Dann wird festgelegt, dass die HS ungültig ist, die beschlossen wurde. Frau Schreiber erklärte ausdrücklich, dass sie als Einreicher die Beschlussvorlage nicht zurücknehmen werde.

Frau Andrae bestätigte, dass wenn der Einreicher wünscht, dass abgestimmt werden soll, müsse das auch getan werden. Da keine Änderungsanträge zur eingereichten Beschlussvorlage/zum Satzungstext eingebracht wurden, werde in unveränderter Form beschlossen.

Namentliche Abstimmung zur Beschlussvorlage 058/10:

Frau Andrae	ja	Frau Menges	ja
Herr Baranowski	nein	Frau Michler	ja
Frau Bock	nein	Frau Miersch	nein
Herr Degner	ja	Herr Noack	ja
Herr Grebe	nein	Herr Preuß	nein
Herr Heilgermann	nein	Herr Rust	nein
Herr Hummer	ja	Frau Schreiber	ja
Herr Käthe	ja	Frau Schröder	ja
Herr Kniesigk	ja	Frau von Schrötter	nein
Herr Kühnapfel	ja	Herr Schulz	nein
Herr Lüders	nein	Herr Steinert	nein
Herr v. Lützow	nein	Frau Timm	nein
Herr Manthey	ja	Herr Zurawski	ja
Herr Markwardt	ja		

Frau Andrae stellte folgendes Abstimmungsergebnis fest: 14 / 13 / 0. Damit sei die HS zwar mehrheitlich beschlossen worden, es sei jedoch eine gesetzliche Mehrheit erforderlich.

Frau Schreiber teilte mit, dass das Ergebnis der Beschlussfassung am morgigen Tage der KA mitgeteilt werde. Diese werde dann weitere Maßnahmen vornehmen.

zu 9.2 **Abschluss eines Konzessionsvertrages mit dem Erdgaslieferanten EWE** Vorlage: 052/10/01

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt den Abschluss des Wegenutzungsvertrages mit dem Erdgasversorger EWE für die Ortsteile Wünsdorf, Lindenbrück, Schöneiche und Kallinchen zum 15.01.2011.

Frau Andrae erteilte den Anwesenden der EMB und der EWE das Wort. Diese erklärten ausführlich die Notwendigkeit der Abschlüsse der Konzessionsverträge. Hierbei wurde deutlich erklärt, dass es sich lediglich um Leitungsrechte gehe. Es bleibe weiterhin jedem Bürger freigestellt, über welchen Versorger er sein Gas beziehe.

Abstimmung: 26 / 0 / 1

zu 9.3 **Abschluss eines Konzessionsvertrages mit dem Erdgaslieferanten EMB** Vorlage: 053/10/01

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt den Abschluss

Wegenutzungsvertrages mit dem Erdgasversorger EMB für die Ortsteile Glienick, Horstfelde, Schünow, Nächst Neuendorf und Zossen zum 15.01.2011.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung: 26 / 0 / 1

**zu 9.4 Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes "Am Eichenhain" für das Flurstück 497
Vorlage: 048/10**

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag auf Befreiung von der Festsetzung des Baufensters, der Firstrichtung und der textlichen Festsetzung Satteldach/Zeltdach wird zugestimmt.

Herr Lüders verließ um 21:15 Uhr die Sitzung.

Es gab zur eingereichten Beschlussvorlage keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 23 / 0 / 2 (Herr Lüders und Herr Grebe nahmen an der Abstimmung nicht teil)

Frau Andrae beraumte um 21:16 Uhr eine Pause an.

**zu 9.5 Besetzung eines Mitgliedes des Hauptausschusses
Vorlage: 065/10**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Besetzung eines Mitgliedes des Hauptausschusses:

Herr/Frau:

Frau Andrae erklärte einleitend, dass die Mitglieder des Hauptausschusses für die Dauer der Wahlperiode gewählt seien. Mitglieder können nur aus persönlichen Gründen ausscheiden. Frau Miersch sei der Vorschlag der Fraktion des ausscheidenden Mitgliedes gewesen.

Abstimmung zur Besetzung eines Mitgliedes des Hauptausschusses mit Frau Petra Miersch: 27 / 0 / 0.

Der Vertreter bleibt unverändert bestehen.

**zu 9.6 Bautechnische und energetische Sanierung des Schulstandortes Glienick
Vorlage: 047/10**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das in der Anlage 1 beigefügte bautechnische und energetische Sanierungskonzept des Schulstandortes Glienick unter Berücksichtigung folgender Variantenmöglichkeiten:

1) Außenwanddämmung der Grundschule (Seite 5):

Variante 1: Außenwand mit Vollwärmeschutz und mineral. Außenputz

Variante 2: Außenwand mit hinterlüfteter Vorsatzschale

2) *Überarbeitung des Flachdaches des Hortgebäudes (Seite 6):*

Variante 1: Traditionelle Flachdachausbildung als Bitumendach (wie vorhanden)

Variante 2: Ausbildung mit extensivem Gründach

3) *Heizungsvariante (Seite 10, 11)*

Variante 1: Zentraler Gaskessel

Variante 2: Abwärme der Biogasanlage + Gaskessel

Variante 3: Holzpellets

Variante 4: Holzpellets + Solar

Variante 5: Solar + Langzeitspeicher

Variante 6: Wärmepumpe + Pelletskessel

Variante 7: BHKW + Gaskessel

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Bürgermeisterin, alle zur Umsetzung der Sanierung erforderlichen Maßnahmen gemäß vorliegendem Beschluss so schnell wie möglich durchzuführen.

Frau Schreiber gab die Ergebnisse aus den Ausschüssen wie folgt bekannt:

BBW und HA haben jeweils einstimmig wie folgt empfohlen: zu 1) Variante 2; zu 2)

Variante 1 und zu 3) Variante 7

Der Ortsbeirat Glienicke klammerte die Nr. 3) aus.

Nach kurzen Erörterungen zur Verfahrensweise in den Ausschüssen bat Frau Andrae um Abstimmung wie von den Gremien vorgeschlagen:

zu 1) Variante 2

zu 2) Variante 1

zu 3) Variante 7

Abstimmung dazu: 27 / 0 / 0

zu 9.7

Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan am Ahornring

Vorlage: 050/10/01

Beschlussvorschlag:

1. *Die Aufstellung des Bebauungsplanes 02/10 "Ahornring" wird beschlossen und dieser wird gemäß §2(1)BauGB öffentlich bekannt gemacht.*
2. *Gemäß §§ 3(1) und 4(1) BauGB erfolgt die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung.*

Frau Schreiber erklärte einleitend, dass die ursprüngliche Beschlussvorlage fälschlicherweise „Bebauungsplan an der Rosa-Luxemburg-Straße“ hieß, es sich bei dem Gebiet jedoch um den „Ahornring“ handele. Daher erhielt die Beschlussvorlage die Nr. 050/10/01. Frau Schreiber erklärte weiterhin, dass sich in den Unterlagen die die Stadtverordneten vor der Sitzung erhalten haben eine Handskizze befände, die kurzfristig vom Planer eingereicht wurde.

Die Gremien gaben folgende Empfehlungen ab:

OB Wünsdorf: 2 / 0 / 1

BBW: keine Abstimmung und Verweisung in HA, da dann das Ergebnis des OB vorliege – 6 / 0 / 0

HA: 4 / 2 / 1

Herr Preuß führte an, dass es sich bei dem Gebiet um ehemals militärisch genutztes Gelände handele. Er erklärte die Historie der umliegenden Gebäude. Er empfahl, der ehemaligen städteplanerischen Grundidee zu folgen. Herr Preuß gab einen formulierten Änderungsantrag zu Protokoll (**Anlage 3**)

Frau Schreiber wies ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei der Beschlussvorlage lediglich um das Aufstellungsverfahren handele. Der Änderungsantrag von Herrn Preuß passe zu dieser Beschlussvorlage nicht.

Herr Grebe teilte mit, dass der Investor vorlegen wird, wie sich die Bebauung in die Umgebung einfügen wird. Er sei seit 1996 in Wünsdorf und das Gelände sei eine einzige Katastrophe. Seit 10 Jahren wohnen dort Menschen von Mauern und Bauzäunen umgeben. Was soll passieren ehe die militärischen Gebäude endlich zivil genutzt werden?

Frau Schreiber informierte abschließend, dass durch die EWZ mitgeteilt wurde, dass dort schon viele Anfragen von Bewohnern des Ahornringes vorliegen würden, die dort gerne ein Einfamilienhaus errichten wollen.

Frau Andrae bat um Abstimmung zur vorgelegten Beschlussvorlage der Verwaltung, da diese der weiterreichende Antrag sei.

Abstimmung 16 / 7 / 4

Der Änderungsantrag von Herrn Preuß komme als Wortbeitrag zum Protokoll und werde an den Planer weitergegeben.

zu 9.8 Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan an der Gerichtstraße Ecke Straße der Befreiung
Vorlage: 036/10

Beschlussvorschlag:

1. *Die Aufstellung des Bebauungsplanes 01/10 "Wohnen am Zillebogen" wird beschlossen und dieser wird gemäß §2(1) BauGB öffentlich bekannt gemacht.*
2. *Gemäß §§ 3(1) und 4(1) BauGB erfolgt die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung*

Frau Schreiber erklärte, dass der BBW darauf hingewiesen habe, dass der Investor darauf hingewiesen werden soll, einen Zaun zwischen dem Schulgelände und dem Netto-Markt zu ziehen mit einer Öffnung für den Fußweg. Im Hauptausschuss wurde gefordert, dass der Fußweg grundsätzlich nochmals überprüft werden sollte.

Herr Preuß bemängelte, dass nicht erkennbar sei, wo die B-Plan-Grenze liege. Er habe Probleme mit dem Netto-Markt. Er stellte den Änderungsantrag, dass klargestellt werde, dass der eingezeichnete Netto-Markt nicht Bestandteil des B-Planes sei.

Frau Schreiber wies darauf hin, dass der Netto-Markt rot umrandet sei, weil er nicht mehr Teil des Grundstückes sei, auf dem der B-Plan liege. Er sei nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

Die Gremien haben folgende Empfehlungen abgegeben:

OB Zossen: 4 / 0 / 0 – keine Vorgabe bei Bauungsweise

BBW: 5 / 0 / 0 mit Hinweis Zaun

HA: 6 / 0 / 7 0 mit Hinweis Zaun und evtl. entfallendem Fußweg

Abstimmung zur von der Verwaltung eingereichten Beschlussvorlage: 22 / 0 / 5

Frau Andrae stellte klar, dass die Grundstücksgrenze eingezeichnet sei; eine Abstimmung über den Antrag von Herrn Preuß sei nicht nötig.

zu 9.9

Bahnquerung Wünsdorf
Vorlage: 056/10/01

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, dass die Querungen (kommunale Straße) der Bahnanlagen in Wünsdorf gemäß dem Untersuchungsbericht des Büros Dorsch Consult:

- 1. über den Kreisverkehr B 96 (Waldesruh) mit einer Straßenbrücke (einschl. Radweg) und den Anschluss an die Friedenstraße erfolgt und*
- 2. eine Fußgänger- und Radfahrerunterführung an Stelle des heutigen Bahnüberganges am Bahnhof errichtet wird.*
- 3. Um den Durchgangsverkehr über den Kreisverkehr (Friedensstraße) zu unterbinden, wird die Straße wie folgt beschildert:
Durchfahrt verboten für LKW (außer Anlieger), Zone Tempo 30 km/h und Vorfahrt rechts vor links.
Weitere Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Siedlung werden geprüft.*
- 4. Sollten im Rahmen der Verlegung der Bahnquerrung über den Kreisverkehr / Friedensstraße Ausbaumaßnahmen an der Straße selbst erforderlich sein, handelt es sich nicht um beitragsfähige Kosten, eine Umlegung der Kosten auf die Anlieger erfolgt also hierfür nicht.*

Unter Aufhebung aller zuvor gefassten Beschlüssen.

Die Verwaltung wird beauftragt, dass erforderliche Planfeststellungsverfahren vorzubereiten.

Herr Manthey stellte den Antrag, da es 22:02 Uhr sei, dass diese Beschlussvorlage noch behandelt werde und dass die restlichen Tagesordnungspunkte auf der Sitzung in der nächsten Woche fortgeführt werden.

Frau Schreiber erklärte, dass die Stadtverordneten hier die geänderte Fassung erhalten haben, da die Punkte 3. und 4. noch hinzugekommen seien. Der Ortsbeirat Wünsdorf habe zu den 4 Punkten mit 3 / 0 / 0; der BBW unter Vorbehalt der Zustimmung des OB Wünsdorf mit 3 / 2 / 1 und der HA mit 5 / 2 / 0 abgestimmt.

Herr Schulz erklärte, dass er die gewählte Variante sehr gut finde und diese den Bürgern sehr gut gefallen werde. Sie sei eine wunderbare Lösung für den Ort Wünsdorf.

Abstimmung in der vorgelegten Form: 24 / 1 / 2

Frau Andrae schloss die Sitzung um 22:06 Uhr und erklärte, dass die Sitzung am 07.07.2010 mit dem Tagesordnungspunkt 9.10 fortgeführt werde.

Karola Andrae
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Miriam Heinrich
Protokollantin

**Niederschrift
zur Fortführungssitzung der 6. öffentlichen/nicht
öffentlichen Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen**

Sitzungstermin: Mittwoch, den 07.07.2010

Sitzungsbeginn: 19:04 Uhr

Sitzungsende: 20:00 Uhr

Ort, Raum: Gaststätte der Sporthalle Dabendorf, Jägerstraße 13, 15806
Dabendorf

Anwesend sind:

Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Karola Andrae

Stadtverordnete(r)

Herr Sven Baranowski
Frau Melinda Bock
Herr Burkhard Degner
Herr Michael Heilgermann
Herr Peter Hummer
Herr Torsten Kniesigk
Herr Hermann Kühnapfel
Herr Hans-Jürgen Lüders
Herr Olaf Manthey
Herr Ralf Markwardt
Frau Susanne Michler
Frau Petra Miersch
Herr Andreas Noack
Herr Carsten Preuß
Frau Waltraud Schröder
Herr Reinhard Schulz
Herr Jürgen Steinert
Frau Gudrun Timm
Herr Rolf von Lützwow
Frau Freifrau Maria von Schrötter
Herr Rainer Zurawski

Bürgermeisterin

Frau Michaela Schreiber

Protokollantin

Frau Carmen Schulze

Gäste

Bürger ca. 3
Herr Fred Hasselmann MAZ

Es fehlen:

Stadtverordnete(r)

Frau Sabine Brumm entschuldigt
Herr Tim Grebe entschuldigt

Herr Wilfried Käthe	entschuldigt
Frau Sylvia Menges	
Herr Dr. Rainer Reinecke	entschuldigt
Herr Erwin Rust	entschuldigt

Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Andrae, eröffnete um 19:04 Uhr die Fortführungssitzung und begrüßte die Anwesenden.

Die Weiterführung erfolgte ab dem ehemaligen Tagesordnungspunkt 9.9.

Von den 29 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung waren derzeit 20 Mitglieder anwesend; die Beschlussfähigkeit war somit gegeben.

zu 9.10 Entwurfs- und Offenlagebeschluss zum B-Plan "Fotovoltaikanlage Wünsdorf"
Vorlage: 057/10

Beschlussvorschlag:

1. *Der Entwurf des Bebauungsplanes "Fotovoltaikanlage Wünsdorf" wird in der vorliegenden Form gebilligt.*

und

2. *Der Entwurf des Bebauungsplanes "Fotovoltaikanlage Wünsdorf" wird einschließlich der Begründung und des Umweltberichtes in der vorliegenden Form gem. §3 (2)BauGB förmlich zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt. Parallel erfolgt die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. §4(2) BauGB.*

Auf Nachfrage von Frau Andrae gab es keinen Beratungsbedarf.

Damit erfolgte die Abstimmung der Beschlussvorlage 057/10 in der vorgelegten Form.

Abstimmung: 20 / 0 / 0

zu 9.11 Radweg am Nottekanal
Vorlage: 062/10

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf Empfehlung der Ausschüsse KTL und BBW vom 15.06.2010:

Unter Aufhebung der Entscheidung der Stadtverordneten zur Befahrbarkeit des Weges am Nottekanal wird folgendes festgelegt:

1. Der Weg am Nottekanal ist ein Fuß- und Radweg. Er ist nicht befahrbar für Kraftfahrzeuge aller Art.
2. Die Befahrbarkeit endet am Beginn des Weges Höhe Oertelufer, hinter der Zufahrt zu dem privaten Grundstück „An den Wulzen 1“. In Höhe der Buckowbrücke ist der Weg in der Breite der Zufahrt zur Brücke befahrbar.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung entsprechend zu überarbeiten, anschließend die Fördermittel-Anträge zu ändern und alle Maßnahmen durchzuführen, um den Bau des Fuß- und Radweges am Nottekanal umzusetzen.

Auf Nachfrage von Frau Andrae wurde eine Aussprache gewünscht.

Frau Bock und Frau von Schrötter nahmen ab 19:08 Uhr an der Sitzung teil, somit waren derzeit 22 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend.

Herr Steinert konnte sich mit der Beschlussvorlage 062/10 nicht einverstanden erklären und bezog sich auf die Beschlussvorlagen 137/05, 184/07 und 185/07. Eine Aufhebung der Beschlüsse durch die Stadtverordneten wäre nicht erfolgt.

Frau Schreibe erklärte, dass der Sachverhalt in den Ausschüssen ausführlich diskutiert wurde. Es wurde sich auf die Formulierung der neuen Beschlussvorlage geeinigt.

Nach kontroverser Diskussion stellte Herr Kühnapfel einen Änderungsantrag wie folgt:

Streichung/Ergänzung im 2. Satz des Beschlussvorschlages: Unter Aufhebung der ~~Entscheidung der Stadtverordneten~~ „**bisherigen Beschlüsse**“ ...

Nach weiterer kontroverser Diskussion stellte Herr Hummer einen Antrag auf Ende der Debatte und Abstimmung.

Frau Schreiber übernahm als Einreicherin der Beschlussvorlage die vorgeschlagene Änderung von Herrn Kühnapfel; daher war eine Abstimmung zum Änderungsantrag nicht erforderlich.

Damit erfolgte die Abstimmung zur vorgeschlagenen Änderung der Beschlussvorlage 062/10. Frau Andrae fasst die Änderung wie folgt zusammen:

Streichung/Ergänzung im 2. Satz des Beschlussvorschlages: Unter Aufhebung der ~~Entscheidung der Stadtverordneten~~ „**bisherigen Beschlüsse**“ ...

Abstimmung: 22 / 0 / 0

**zu 9.12 Hochbau 2010 Teil II
Vorlage: 041/10**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die in der Anlage beigefügte Prioritätenliste 2010 Teil II für den Bereich Hochbau

a) *in der vorliegenden Form*

oder,

b) *wie aus dem Protokoll ersichtlich, in geänderter Form.*

Frau Andrae informierte die Stadtverordneten, dass der Ausschuss BBW zu a) mit 6 / 0 / 0 abgestimmt hat.

Damit erfolgte die Abstimmung zu a) der Beschlussvorlage 041/10.

Abstimmung: 21 / 0 / 1

**zu 9.13 Tiefbau Reparatur 2010 Teil II
Vorlage: 042/10**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die in der Anlage beigefügte Prioritätenliste 2010 für den Bereich Tiefbau Reparatur Teil II

a) *in der vorliegenden Form*

oder,

b) wie aus dem Protokoll ersichtlich, in geänderter Form

Frau Andrae informierte die Stadtverordneten, dass der Ausschuss BBW zu a) mit 6 / 0 / 0 abgestimmt hat.

Damit erfolgte die Abstimmung zu a) der Beschlussvorlage 042/10.

Abstimmung: 20 / 0 / 2

**zu 9.14 Straßenreinigungssatzung der Stadt Zossen
Vorlage: 051/10**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Straßenreinigungssatzung der Stadt Zossen in der Fassung vom 30.06.2010

- a) gemäß Anlage.
- b) mit den aus dem Sitzungsprotokoll ersichtlichen Änderungen.

Folgende Unterlagen wurden an alle Stadtverordneten versandt:

- Beschlussvorlage mit der Fassung auf weißem Papier
- Zusammenfassung zur erfolgten Anhörung der Ortsteile
- Anschreiben von Herrn Kramer vom 16.06.2010
- komplette Fassung auf lachsfarbenen Papier

Frau Schreiber informierte über die Abstimmungsergebnisse der Gremien:

- RSO: - schriftliche Anhörung der Ortsteile sollte erfolgen
- HA: - hatte dem Verfahren des RSO zugestimmt

Frau Schreiber teilte mit, dass die Kämmerei die Kalkulation der Gebühren nach der Sommerpause vornehmen wird.

Herr Kühnappel stellte aufgrund noch offener Fragen einen Antrag auf Verschiebung der Beschlussvorlage in den Ausschuss RSO sowie zur nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Frau Timm nahm ab 19:20 Uhr an der Sitzung teil, somit waren derzeit 23 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend.

Herr Hummer stellte einen Antrag auf Ende der Debatte und namentliche Abstimmung.

Es erfolgte die Abstimmung zum Antrag von Herrn Hummer auf Ende der Debatte.

Abstimmung: 14 / 8 / 0

Es erfolgte die namentliche Abstimmung zum Antrag von Herrn Kühnappel auf Vertagung der Beschlussvorlage 051/10 zur nächsten Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrae	NEIN	Frau Michler	NEIN
Herr Baranowski	NEIN	Frau Miersch	JA
Frau Bock	JA	Herr Noack	NEIN
Herr Degner	NEIN	Herr Preuß	JA
Herr Heilgermann	JA	Frau Schreiber	NEIN
Herr Hummer	NEIN	Frau Schröder	NEIN

Herr Kniesigk	NEIN	Frau von Schrötter	JA
Herr Kühnapfel	JA	Herr Schulz	JA
Herr Lüders	JA	Herr Steinert	JA
Herr v. Lützow	JA	Frau Timm	JA
Herr Manthey	NEIN	Herr Zurawski	NEIN
Herr Markwardt	NEIN		

Abstimmung: 11 / 12 / 0
Damit wurde die Vertagung abgelehnt.

Es erfolgte die namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage 051/10, lachsfarbene Fassung:

Frau Andrae	JA	Frau Michler	JA
Herr Baranowski	JA	Frau Miersch	NEIN
Frau Bock	NEIN	Herr Noack	JA
Herr Degner	JA	Herr Preuß	NEIN
Herr Heilgermann	NEIN	Frau Schreiber	JA
Herr Hummer	JA	Frau Schröder	JA
Herr Kniesigk	JA	Frau von Schrötter	NEIN
Herr Kühnapfel	NEIN	Herr Schulz	NEIN
Herr Lüders	NEIN	Herr Steinert	NEIN
Herr v. Lützow	NEIN	Frau Timm	NEIN
Herr Manthey	JA	Herr Zurawski	JA
Herr Markwardt	JA		

Abstimmung: 12 / 11 / 0
Damit wurde die lachsfarbene Fassung in ungeänderter Form angenommen.

zu 10 Anträge von Fraktionen

zu 10.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion CDU vom 03.06.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.06.2010: Sicherung des Schulbetriebes der Grundschule Glienick Vorlage: 054/10/01

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Für die übergroßen Flexklassen in der Grundschule Glienick ab Herbst 2010 in der Größe von 29 und 30 Schülern, werden durch Umbaumaßnahmen in den Sommerferien entsprechende Klassenräume geschaffen.*
- 2. Die Prioritätenliste Hochbau für 2010 ist um den Posten Klassenvergrößerung der Schule Glienick zu ergänzen.*
- 3. Der Klassenraum, nach Vorschlag der Schule, an den eine Abstellkammer grenzt, wird durch Beseitigung der Zwischenwand vergrößert.*
- 4. Die SVV ist in den nächsten Sitzungen über den Fortschritt der Arbeiten und die Höhe der erforderlichen Mittel für vorgenannte Arbeiten zu informieren.*

- wurde vom Antragsteller zurückgezogen

zu 10.3 **Antrag der Fraktion CDU vom 07.06.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 07.06.2010:**
Schulbezirkssatzung
Vorlage: 055/10

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Schulbezirkssatzung für die Stadt Zossen wie folgt:

- 1) *Entwurf A des Vorschlags der Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Jugend, Bildung und Sport oder*
- 2) *Entwurf B des Vorschlags der Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Jugend, Bildung und Sport oder*
- 3) *In der lt. Protokoll geänderten Form und*
- 4) *Durch die Stadtverwaltung sind die gültigen Rechtsgrundlagen (GO, Schulgesetz) für die beschlossene Satzung zu ergänzen. Wenn die Schulbezirkssatzung beschlossen ist, ist sie im Internet auf der Stadtseite zu veröffentlichen.*

- wurde vom Antragsteller zurückgezogen

zu 10.4 **Antrag der Fraktion SPD/LINKE/VUB vom 27.05.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 15.06.2010:**
Bildung eines Präventionsrates
Vorlage: 060/10

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung Zossen beschließt:

Die Stadtverwaltung Zossen wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Präventionsrat für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit unter Leitung der Stadt Zossen gebildet werden kann. Diesem Präventionsrat sollen u. a. die Polizei, Feuerwehr, Ordnungsamt, Schulamt, Fraktionen, Amtsgericht, Sicherheitspartner, Sozialarbeiter sowie kirchliche, soziale, wirtschaftliche und private Organisationen wie auch interessierte Bürger angehören. Hierzu ist zu einer Auftaktveranstaltung einzuladen.

Herr Hummer stellte einen Antrag auf Vertagung des Fraktionsantrages in den Ausschuss RSO.

Es erfolgte die Abstimmung Fraktionsantrags Nr. 060/10 auf Verweisung in den Ausschuss RSO.

Abstimmung: 21 / 1 / 1

Damit wurde der Fraktionsantrag in den Ausschuss RSO verwiesen.

zu 10.5 **Antrag der Fraktion SPD/LINKE/VUB vom 31.05.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 15.06.2010:**
Erhalt der Oberförsterei Zesch
Vorlage: 061/10

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadt Zossen fordert die Landesregierung Brandenburg auf, im Zuge der derzeit laufenden Forstreform, den Standort Zesch als Oberförsterei zu erhalten.

Auf Nachfrage von Frau Andrae gab es Beratungsbedarf.

Nach kontroverser Diskussion über das Für und Wider des Fraktionsantrages stellte Herr Preuß einen Antrag auf namentliche Abstimmung:

Somit erfolgte die namentliche Abstimmung des Fraktionsantrages 061/10 in vorgelegter Form.

Frau Andrae	JA	Frau Michler	NEIN
Herr Baranowski	JA	Frau Miersch	JA
Frau Bock	JA	Herr Noack	NEIN
Herr Degner	NEIN	Herr Preuß	JA
Herr Heilgermann	JA	Frau Schreiber	NEIN
Herr Hummer	NEIN	Frau Schröder	NEIN
Herr Kniesigk	Enthaltung	Frau von Schrötter	JA
Herr Kühnapfel	JA	Herr Schulz	JA
Herr Lüders	JA	Herr Steinert	JA
Herr v. Lützow	JA	Frau Timm	JA
Herr Manthey	NEIN	Herr Zurawski	NEIN
Herr Markwardt	NEIN		

Abstimmung: 13 / 9 / 1

Damit wurde der Fraktionsantrag in der vorliegenden Form angenommen.

**zu 10.6 Antrag der Fraktion SPD/LINKE/VUB vom 14.06.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 15.06.2010:
Einwohnerbeteiligungssatzung der Stadt Zossen vom 10.11.2009
Vorlage: 063/10**

Frau Schreiber wies den Antragsteller darauf hin, dass die Verweisung auf die Rechtsnormen in der Satzung nicht mit dem Gesetz übereinstimmen. Im Falle einer Beschlussfassung müsse sie die Einwohnerbeteiligungssatzung beanstanden.

Herr Preuß stellte einen Antrag auf Verweisung in den Ausschuss RSO.

Frau Andrae fasste wie folgt zusammen:

Der Antragsteller des Fraktionsantrages Nr. 063/10 hatte einen Antrag auf Verweisung in den Ausschuss RSO gestellt. Das gleiche gilt für den Fraktionsantrag Nr. 064/10.

**zu 10.7 Antrag der Fraktion SPD/LINKE/VUB vom 14.06.2010, eingegangen bei der Stadt Zossen am 15.06.2010:
Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen (GeschO)
Vorlage: 064/10**

- siehe TOP 10.6

Karola Andrae
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Carmen Schulze
Protokollantin